

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linkswoorte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

21. FEBRUAR 2019

Nr. 138

13. JAHRGANG



Das Schloss in der „kleinsten sächsischen Großen Kreisstadt“, in Rochlitz. Es entstand an der Stelle einer bereits in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts angelegten Reichsburg. Die Gestalt der ausgedehnten Schlossanlage mit ihren zwei markanten Türmen (der „Finsteren Jupe“ rechts und der „Lichten Jupe“ links) wird maßgeblich durch den Umbau zum markgräflichen Schloss im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts bestimmt. Bereits im Jahr 1143, d.h. noch vor der Gründung von Kloster Alzella, dem reichen Silberfund bei Christiansdorf und der Entstehung von Freiberg, ging die ehemalige Reichsburg mit noch vorhandenen romanischen Gebäudeteilen in den Besitz der wettinischen Markgrafen über.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. berichtet:

**DIE MITTELSÄCHSISCHE LINKE VOR
IHRER KREISWAHLVERSAMMLUNG**

2. informiert:

**DIE KREISTAGSFRAKTION DER LINKEN IM
SCHLUSSPURT**

3. würdig begangen:

**DER TAG DES GEDENKENS AN DIE OPFER
DES NATIONALSOZIALISMUS**

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & kohleausstieg
4/5	titelthema 1: der kreisverband der linken vor dem kreisparteitag
6/7	titelthema 2: schlussspurt der kreistagsfraktion vor den wahlen
8	titelthema 3: tag des gedenkens an die opfer des nationalsozialismus
9	vor dem Internationalen frauentag
10	unsere serie zur politischen bildung - beitrag -42 - : rätendemokratie oder parlamentarische demokratie ?
11	kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
12	termine & trauer & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Dienstag, dem 19. März 2019. Redaktionsschluss** ist am **Dienstag, dem 12. März**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.
Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion:

Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine

Lauterbach, Michael Matthes, Robert Sobolewski,

Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer,

Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck:

Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG

Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

noch ist der Winter nicht vorbei und schon nimmt die Wahlkampf in Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai sowie der Landtagswahlen am 01. September Fahrt auf. In den Ortsverbänden wird schon seit Herbst an der Gewinnung von Kandidierenden für den neuen Kreistag und die Stadt- und Gemeinderäte gearbeitet. Die „Kandidierenden-Kürung“ vieler Bewerber findet am 02. März auf dem Kreisparteitag (gleichzeitig Kreiswahlversammlung) in Siebenlehn statt, über dessen Ergebnisse wir in unserer März-Ausgabe ausführlich berichten werden. Auf Seite -5- dieser Ausgabe machen wir deutlich, welche Mammutaufgabe der Kreisparteitag zu bewältigen hat, müssen doch neben den Kandidierenden für die Kommunalwahlen auch jene für die Landtagswahlen bestimmt werden. Wir freuen uns, über dessen Ergebnisse seit zehn Jahren Mitglied des Europäischen Parlaments, auf unserem Kreisparteitag sprechen wird.

*Was den mittelsächsischen Kreistag betrifft, so geht ihm langsam der Atem aus oder - besser gesagt - er biegt in die Zielgerade der zu Ende gehenden Legislaturperiode ein. Nur noch einmal, am 27. März, kommt das 98-köpfige Gremium, darunter 16 Kreisräte mit dem Mandat der LINKEN, zu seiner 21. Sitzung zusammen. Noch einmal hat unser Redaktionsmitglied, Kreisrätin **SABINE LAUTERBACH**, aus der Sicht der Linksfraktion wichtige Punkte aus der aktuellen Arbeit des Kreistages zusammengefasst. Mit Blick auf die Wahlen zum Kreistag Ende Mai beginnen wir in unserer heutigen Ausgabe mit einer Bilanz des Wirkens der Fraktion der LINKEN.*

Am 27. Januar begingen wir den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, seit 1996 ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag. Wir widmen ihm unser heutiges Titelthema -3-. Sehr unterschiedlich fällt das Gedenken an diesem Tag im Landkreis Mittelsachsen aus. Überall dort, wo etwas passiert, sind die LINKEN aktiv dabei. Besonders eindrucksvoll in diesem Jahr die Veranstaltung an der Gedenkstätte auf dem Alten Friedhof in Dittersbach, über die wir auf Seite -8- berichten.

Am 8. März begehen wir den Internationalen Frauentag. In diesem Jahr ist er besonders dem vor 100 Jahren erkämpften Frauenwahlrecht gewidmet. Anlässlich dieses Tages hat DIE LINKE Mittelsachsen einen alternativen Frauenpreis ausgelobt, welcher auf einer Veranstaltung am 8. März in Döbeln vergeben wird. Darüber und einiges mehr in Vorbereitung des diesjährigen Frauentages auf den Seiten -9- und -12-. In unserer Serie zur politischen Bildung und Information bleiben wir bei den Ereignissen in Deutschland vor 100 Jahren. Diesmal geht Achim Grunke der Frage nach „Rätendemokratie statt parlamentarischer Demokratie?“ Unseren Leserinnen und Lesern wünscht die Redaktion - wie allmonatlich - eine interessante und anregende Lektüre.

„wir kamen uns verlassen und schäbig vor“

Von RUTH FRITZSCHE

Wie in jedem Jahr nahmen wir auch in diesem Jahr an der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus an der Freiburger Himmelfahrtsgasse, dem Friedhof für die Gefallenen der Roten Armee teil. Das waren die Genossinnen und Genossen Brigitte Hübler, Ruth Fritzsche, Albrecht Tolke und Dr. Achim Grunke. Dieser Gedenktag ist eine staatliche Angelegenheit, die aus Anlass der Befreiung der Häftlinge des Vernichtungslagers Auschwitz am 27.01.1945 durch die Rote Armee seit Ende der 90er Jahre begangen wird. Wir, die Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN, ehren damit unsere im Widerstandskampf gegen die Hitlerfaschisten gefallenen Antifaschisten und die Gefallenen der Roten Armee, die im Großen Vaterländischen Krieg gegen die Nazibarbarei bis zum letzten Kriegstag auch noch um Freiberg herum ihr Leben lassen mussten. Wir gedenken aber auch der Millionen jüdischer Bürger, die in den Gaskammern der Nazis umgebracht wurden.

Beschämend war für uns, dass sich leider nur die vier genannten Genossinnen und Genossen beteiligten. Wir kamen uns verlassen und schäbig vor, weil wir mit einigen Mitgliedern mehr gerechnet haben und solch ein „Vergessen“ nicht akzeptieren wollen. Wir hatten in unserem Terminplan und auch in der „Freien Presse“ auf die Gedenkveranstaltung hingewiesen. Diese Information ist leider - für mich völlig unverständlich - nicht veröffentlicht worden. Man kann sich aber oft des Eindruckes nicht erwehren, dass in diesen Zeiten des gefährlichen Rechtsruckes in Deutschland die Leiden der gefallenen Rotarmisten sowie der 27 Millionen Toten der Sowjetunion und der vielen anderen Opfer des Nazi-Terrors auch bei uns in Freiberg gar nicht mehr ernst genommen werden. Unsere Mitglieder sind davon nicht ausgenommen. Um eine Zeitabstimmung zum Besuch der Gedenkstätten zu erreichen, erhielt ich aus dem Büro des Oberbürgermeisters die Information, dass dieses Mal niemand aus der Stadtverwaltung kommt und nur geschmückt wird. Wenn man aber an diesem Tag die Nachrichten verfolgte, so fanden in umliegenden Städten wie in Flöha und in Oederan, aber auch in Pirna Gedenkveranstaltungen statt, auf denen die Oberbürgermeister beziehungsweise Vertreter der Stadtverwaltungen ehrenwerte Worte gesprochen haben, an denen aber auch viele Genossinnen und Genossen teilgenommen haben. Im Ortsvorstand sind wir uns einig, dass wir als Vorstand bei ähnlichen Gedenkveranstaltungen unsere Mitglieder gezielter informieren müssen, damit wir wirklich zeigen, dass wir diese Toten nicht vergessen haben. Das sollte dann schon am 08. Mai 2019 der Fall sein.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

O je – man könnte schon Mitleid haben mit der guten alten SPD. Wie ist sie doch auf den Hund gekommen. Sie irrt sich orientierungslos durch die politische Landschaft. Andrea Nahles und dem ihr zu hundert Prozent zustimmende Leitungshang ist der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen. Sie glauben das Pulver erfunden zu haben und haben doch nur des Kaisers neue Kleider übergestreift.

In den vergangenen Jahren des wirtschaftlichen Wohlergehens haben viele in den Lohntüten mehr vorgefunden. Den Gewerkschaften sei Dank! Auch die Rentner nehmen über die Rentenformel daran teil. Überhaupt werden mehr Lohntüten verteilt. Die Arbeitslosenquote sinkt. Daß viele der Empfänger nicht genug zum anständigen Leben in der Tüte vorfinden, wird nicht so sehr wahrgenommen. Was werden wohl diejenigen so empfinden, die arbeiten gehen und es doch nicht reichlich haben, über diejenigen denken, die nicht arbeiten gehen, es ebenfalls nicht reichlich haben und die die SPD mit „Bürgergeld“ beglücken will. Letztere werden vermutlich die SPD trotzdem nicht wählen. Und erstere werden Nahles & Co. nicht mehr wählen, weil sie den Laden bezahlen müssen.

Daran ändert auch nichts, wenn immer mal das Gerücht einer Reichensteuer durch die Lande geistert. Wer daran glaubt, hat noch nie etwas vom Grundwiderspruch des Kapitalismus gehört. Kurz gesagt: Die gesamte Gesellschaft sorgt dafür, daß Unternehmen produzieren können. Doch über den Erlös verfügen die Unternehmen gänzlich allein. Dies macht den Unternehmer zum Kapitalisten. Steuern und andere Unannehmlichkeiten vermeiden sie, preisen sie in die Kosten ein oder hinterziehen sie legal, nötigenfalls illegal. So führt jede Steuererhöhung, auch die Reichensteuererhebung früher oder später dazu, daß die Preise und Staatsschulden steigen, wodurch sich über die schwindende Kaufkraft die Lohntüten aller wieder leeren. So bleibt der arme Mann arm und der reiche wird immer reicher. Jeder spürt es, jeder weiß, nur Andrea Nahles nicht. Vermutlich wird ihr Wähler-Rückgewinnungs-Theater keine Früchte tragen.

Und etwas Anderes scheint man im Willi-Brandt-Glashaus nicht wahrzunehmen. Denn sie reden immer davon, daß sie die Wähler zurückgewinnen wollen. Wozu eigentlich? Daß die Leute sich wieder vertreten lassen, indem sie sie wählen. Die Rechnung wird wohl nicht aufgehen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Bundes- und Landtagsfraktionen mit Leuten überfüllt sind, die noch nie mittels eines soliden Berufes ihren Lebensunterhalt bestritten haben. Es gibt dort viele Anwärter auf das „Bürgergeld“ der Genossin Nahles. Listenplätze sind ihre Lebensversicherung und diese werden knapp. So erklärt sich der Aktionismus.

Man kann nur hoffen, daß der deutsche Michel seine Schlafmütze absetzt und sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Es ist Zeit für eine friedliche Revolution – diesmal eine richtige. (mm)

kohleausstieg koordiniert, sozial und umweltverträglich gestalten

von KERSTIN UFER und KEVIN REISSIG
Foto: www.landtag.sachsen.de

In ihrem Abschlussbericht empfiehlt die Kohlekommission, den Ausstieg Deutschlands aus der Braunkohle bis 2038. Mit dem Titel „Kohleausstieg ökologisch und sozial verträglich gestalten – Strukturentwicklung in der Lausitz koordinieren und zusammen mit den Menschen vor Ort in die Hand nehmen“ war aus diesem Anlass auch eine Aktuelle Debatte auf Antrag der Linksfraktion während des Plenums am 30. Januar 2019 überschrieben. Dr. Jana Pinka, Sprecherin der Fraktion

DIE LINKE für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft hielt dazu zwei Reden und erklärt zusammenfassend: Ob Ministerpräsident Kretschmer ein Zukunfts-träger für kommende Generationen ist oder ein planloser Be-

quemlichkeitstäter, wird die Öffentlichkeit bald überprüfen können. Mit Entsetzen haben wir vernommen, dass die CDU/SPD-Staatsregierung an einem neuen Energie- und Klimaprogramm gescheitert ist. Es wird also weiter auf einer völlig veralteten Grundlage von vor sieben Jahren gearbeitet, als es weder Erneuerbare-Energien-Gesetz noch Kohlekommission gegeben hat – das ist so ähnlich, als wenn man über Digitalisierung redet, aber selbst noch mit Diskettenlaufwerk arbeitet.

Nur wenn die Maßnahmen mit der Bevölkerung vor Ort zusammen entwickelt werden, kann die Strukturentwicklung gelingen und nachhaltige, dauerhafte gute neue Arbeitsplätze schaffen. Bedingung ist, dass die Koordination in einer Hand liegt. Auch dabei geht es in der Staatsregierung drunter

und drüber: Statt wie von uns gefordert und wie es in bereits Brandenburg Realität ist, einen Lausitz-Bevollmächtigten, am besten vor Ort, einzusetzen, holt sich die CDU/SPD-Koalition einen Banker von der SAB, der den Strukturwandel von Dresden aus koordinieren soll. Das wiegt umso schwerer, als die Maßnahmenliste ein wild zusammengewürfeltes Wunschkonzert ist.

Wir als Linksfraktion tragen das Ergebnis der Kohlekommission mit. Dabei sollen 40 Milliarden Euro in die Strukturentwicklung investiert werden, allein 18 Milliarden Euro davon in die Lausitz. Dass wir im Klimaschutz weiter gekommen sind, ver-



DR. JANA PINKA während ihrer Rede vor dem Landtag

danken wir Schülerinnen und Schülern, die für den Klimaschutz auf die Straße gehen, engagierten Lehrkräften und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die unverbesserlichen und sturköpfigen Klimateugner bekommen ihren Hintern wohl erst vom Sofa hoch, wenn das nächste Elbehochwasser durch ihre Wohnstube saust oder vor ihrer Haustür die Landschaft endgültig verbrennt!

Es ist jedenfalls klar, dass nun keine Dörfer mehr abgebaggert werden dürfen. Schlimm genug, dass Wirtschaftsminister Dulig bisher alles getan hat, dass die Kosten der Rekultivierung in der Zukunft auf die eine oder andere Weise auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Das Oberbergamt hat vom Wirtschaftsministerium nicht die Rückendeckung für wirksame Sicherheitsleistungen erhalten. Und nun steht angesichts der Laufzeitverkürzungen das vereinbarte Konstrukt des Geldansparens durch den Betreiber auf der Kippe.

Prinzen-Sänger kommt wieder nach Geringswalde

Sebastian Krumbiegel liest aus seinem Buch „Courage zeigen – Warum ein Leben mit Haltung gut tut“

GERINGSWALDE – Sebastian Krumbiegel, Musiker und Gründungsmitglied der Band „Die Prinzen“, gastiert am 17. April in Geringswalde. Sein Auftritt in der Stadt ist mit „Courage zeigen – Lesung mit Musik“ überschrieben. Zu hören sein werden eigene Stücke des Musikers. Außerdem wird er Aussätze aus seinem 2017 erschienenen Buch „Courage zeigen – Warum ein Leben mit Haltung gut tut“ vorlesen.

Krumbiegel hat, wie er sagt, gute Gründe, in Geringswalde erneut Station zu machen. In einer Gesprächsrunde im Dezember vorigen Jahres hatte der Leipziger mit Mitgliedern der rechtsradikalen Gruppe „Sturm 14“ gesprochen und sich deren Geschichten angehört. Sein Eindruck aus der Veranstaltung: „Ich muss mehr raus auf platte Land. Genau dorthin, wo die Leute bislang zu wenig Unterstützung erfahren, wenn es darum geht, sich gegen rechte Übergriffe zur Wehr zu setzen.“

Für Sebastian Krumbiegel ist das Thema Courage nicht erst seit diesem Überfall auf ihn durch Rechtsradikale im Juni 2013 wichtig. „Ich lehne mich gern weit aus dem Fenster, habe eine Meinung und tue die auch offen kund. Ohne erhobenen Zeigefinger, ohne Rechtsbarerei und mit Überzeugungswillen, wie ich hoffe.“ Haltung zeigen sei wichtig, so.

Die Veranstaltung „Courage zeigen – Lesung mit Musik“ beginnt am 17. April, 19.30 Uhr in der Aula der Döringweg-Grundschule Geringswalde am Lübbitzplatz. Einlass ist 18 Uhr. Im Vorprogramm steht die Lesung der Band „Die Prinzen“ auf der Bühne. Karten ab 15 Euro gibt es selbst im „Janzick“ am Lübbitzplatz, im Freizeitsalon Vicenza am Geringswalder Markt sowie im Linksführertreff Richtig an der Burgstraße 6.

nos sch
Sta
wa
öft
erb
St
stär
vo
Jug
201
Pee
läß
Ab
bel
20?
bet.
und
Spe
nich
nac
im.

Vor allem der Initiative von DAVID RAUSCH, Kreisrat der LINKEN, ist es zu verdanken, dass Sebastian Krumbiegel, Gründungsmitglied der Band „Die Prinzen“ unter dem Motto „Courage zeigen - Lesung mit Musik“ am

17. April erneut nach Geringswalde kommt. Bereits Mitte Dezember trat er hier auf. Im Bild ein Ausschnitt aus der Rochlitzer Ausgabe der „Freien Presse“ vom 29. Januar mit der Veranstaltungskündigung.

Wenn auch der „scharfe Start“ in den Wahlkampf erst am 1. Mai vollzogen wird, sind der kreisliche Wahlstab und die Ortsverbände der LINKEN längst mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt. Das betrifft vor allem die Gewinnung von Kandidierenden für die Kommunalwahlen, d.h. für den Kreistag und die Stadt- und Gemeindepardamente. Deren Bestätigung erfolgt auf dem Kreisparteitag - der diesmal zugleich Kreiswahlversammlung ist - bzw. in Gesamtmitgliederversammlungen. Spätestens am 21. März müssen alle Wahlvorschläge eingereicht sein. Wir dokumentieren in unserem heutigen Titelthema -1- den Stand der Vorbereitung des Kreisparteitages und der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit des Kreisvorstandes und des kreislichen Wahlstabes.



„Frauenpower“ erobert Redaktion der „Freien Presse“

Am 23. Januar beantworteten unsere Landtagsabgeordnete **DR. JANA PINKA** und die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** die Fragen der Freie-Press-Redakteurin **FRANZISKA PESTER**. Klar und deutlich setzten sie die Schwerpunkte des bevorstehenden Wahlkampfes.



Spitzenpersonal von DIE LINKE, SPD und GRÜNEN sammelt gemeinsam Unterschriften für längeres gemeinsames Lernen

Am Mittwoch, 13. Februar 2019, fand im Rahmen der Aktionswoche für längeres gemeinsames Lernen eine gemeinsame Unterschriftenaktion der Kreisverbände der LINKEN, SPD und Grünen in Mittelsachsen in Döbeln und Mittweida statt. **ANTJE FEIKS** (Landesvorsitzende DIE LINKE, Sachsen, 2. v. l.), **HENNING HOMANN** (Generalsekretär SPD Sachsen, l.) und **WOLFRAM GÜNTHER** (Vorsitzender der Grünen Landtagsfraktion, r.) sammelten auf Initiative unserer Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (2. v. r.) und haben dabei über 100 Unterschriften geschafft!

auf dem weg zu unserem kommunalwahlprogramm

Dem Kreisparteitag wird ein erster Entwurf des Kommunalwahlprogramms des Kreisverbandes der LINKEN vorgestellt. Es wird durch eine Redaktionsgruppe unter Beachtung der Vorschläge und Hinweise aus den Ortsverbänden überarbeitet und vom Kreisvorstand in seiner Endfassung beschlossen. Das Kommunalwahlprogramm wird für den Wahlkampf zur Verfügung stehen und der April-Ausgabe der LinksWorte beiliegen. Schwerpunkte aus unserem Kommunalwahlprogramm werden auch in einer Wahlkampfzeitung enthalten sein, die Ende April an alle verfügbaren mittelsächsischen Haushalte gehen wird.

Die vorgesehenen inhaltlichen Schwerpunkte unseres Kommunalwahlprogramms:

- Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung - Kommunale Entscheidungsprozesse müssen transparent und nachvollziehbar sein.
- Wirtschaft und Soziales sind zwei Seiten einer Medaille: Gute Löhne und bessere soziale Absicherung.
- Frauenstarke und kinderfreundliche Kommunen
- Für starke Kommunen in Europa: LINKE Kommunalpolitik ist sozial gerecht und nachhaltig.
- Ärztemangel begegnen und Pflege sichern
- Perspektivisch kostenfreier und flächendeckender öffentliche Nahverkehr

Abschließend soll betont werden:

DIE LINKE Mittelsachsen steht für eine solidarische Gesellschaft, ob in der Kommune, im Landkreis, im Bundesland Sachsen, auf Bundesebene oder in Europa. Wir möchten den Menschen eine Vision geben, eine Perspektive für alle hier Lebenden.

Für uns steht fest: Menschen flüchten nicht ohne Grund. Sie kommen aus Kriegsgebieten, in denen sie keine Perspektive mehr sehen. Es ist unsere Aufgabe, ihnen zu helfen und die Fluchtursachen zu bekämpfen. Frieden zu schaffen beginnt vor Ort.

Für uns steht fest: Wir akzeptieren keine Transporte von Waffen, Munition, Kriegsmaschinen im Landkreis Mittelsachsen.

Für uns steht fest: Wir kämpfen für eine neue Kultur des Miteinanders.

Die letzten 29 Jahre haben vieles besser gemacht, aber auch viel neue Ungleichheit geschaffen: Bei den Löhnen und den Renten, bei der Anerkennung fachlicher Leistungen, bei der Besetzung von Chefsesseln und bei parlamentarischen Wahlen. Wir wollen nicht, dass die Ellenbogengesellschaft über das solidarische Miteinander siegt.

Für uns steht fest: Wir wollen das Land von unten verbessern, also zuerst in unseren Gemeinden und Städten, da, wo wir leben!

Der Landesvorstand von DIE LINKE, Sachsen lädt parteilose Frauen dazu ein, auf ihren Listen für die Kommunalwahl zu kandidieren. **Dazu erklärt Antje Feiks, Landesvorsitzende von DIE LINKE, Sachsen:**

„Wir Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, aber nur etwa ein Viertel derjenigen in Stadt- und Gemeinderäten.“ In kommunalen Gremien liegt der Frauenanteil bundesweit durchschnittlich bei 25 Prozent. „Auch in Sachsen gibt es an dieser Stelle erheblichen Nachholbedarf.“, schlussfolgert Feiks.

„DIE LINKE, Sachsen stellt derzeit starke Kandidierende für die Kommunalwahlen auf. Wir wollen unsere 1200 Mandate verteidigen und wir wollen weiblicher und jünger werden und rufen besonders parteilose Frauen auf, auf den offenen Listen der LINKEN zu kandidieren.“, so Antje Feiks weiter.

Interessierte können sich auf der Website der sächsischen LINKEN informieren und dort auch ihr Interesse an einer Kandidatur anmelden. Sie müssen kein Mitglied der Partei sein, sollten aber die demokratischen und sozialen Grundwerte teilen. Die Frist für die Bewerbung läuft am 21. März ab.

den auftakt bildet ein kreisparteitag

schwerpunkte unserer kreiswahlversammlung

Unser Kreiswahlversammlung - durchgeführt als Gesamtmitgliederversammlung - wird sich mit dem gesamten Spektrum der Wahlen in diesem Jahr beschäftigen: Den Europawahlen, den Landtagswahlen und den Kommunalwahlen.

Was die **Europawahlen** betrifft, so wird **CORNELIA ERNST** zu den Teilnehmern sprechen. Sie ist seit der Europawahl 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie ist Sprecherin der Delegation DIE LINKE., welche der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) angehört.

Die Kreiswahlversammlung besteht aus zwei Teilen: am Vormittag geht es im **ersten Teil** um die **Landtagswahlen**, nach der Mittagspause in einem **zweiten Teil** um die **Wahlen zum Kreistag und in die Stadt- und Gemeindeparlamente**.

Kreiswahlversammlung, Teil 1

Grundlage bildet der Einberufungsbeschluss des Landesvorstandes der LINKEN zur Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl (er ist allen Genossinnen und Genossen mit der Einladung zugegangen). Die Kreiswahlversammlung wählt die fünf Wahlkreisbewerber*innen für die Landtagswahlkreise 18 - 22, die Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenversammlung und entscheidet über und ggf. die Priorisierung einer Person für den Listenvorschlag zur Landesliste.

Zur Erklärung: Der Freistaat Sachsen umfasst 60 Wahlkreise, davon fünf in Mittelsachsen. In jedem Wahlkreis wird ein Bewerber in den Landtag gewählt, weitere 60 Bewerber über die Landeslisten der Parteien. Die Wahlkreisbewerber wurden bisher fast durchgängig von der CDU gestellt, das könnte diesmal anders werden. Was DIE LINKE betrifft, wird am 5. April durch den Landesvorstand das so genannte Kern-Team nominiert und am 9. April der Listenvorschlag für die Landesliste beschlossen. Die Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Landesliste findet am 13. und 14. April statt.

Zur Erinnerung: DIE LINKE hat zu den Landtagswahlen seit 2004 immer Stimmen eingebüßt - sowohl sachsenweit als auch in Mittelsachsen. Einen Wahlkreis in Mittelsachsen direkt zu gewinnen, scheint eine Utopie. Es muss also vor allem darum gehen, Jana Pinka und Marika Tändler-Walenta auf solche Positionen der Landesliste zu bringen, die eine Wahl in den Landtag versprechen. Vor fünf Jahren haben es Jana Pinka und Falk Neubert über die Landesliste in den Landtag geschafft. Es wäre fatal für den Kreisverband (auch aus finanzieller Sicht), wenn es uns nicht gelänge, unsere beiden „Power-Frauen“ durchzubringen. Dabei muss man realistischere davon ausgehen, dass es schwer wird, die Zahl der 2014 gewählten nur noch 27 Landtagsmitglieder aus den Reihen der LINKEN (nach den Wahlen von 2004 hatte die Linksfraktion eine Stärke von 31 Mitgliedern, nach den Wahlen von 2009 von 29) erneut zu erreichen, da u.a. mit der AfD ein nicht zu unterschätzender Bewerber in den Landtagswahlkampf eingetreten ist. Erfahrungen besagen, dass die AfD auch in der Lage ist, Stimmen von bisherigen Wählern der LINKEN abzuziehen. Eine wichtige Rolle könnte auch die Wahlbeteiligung spielen.

Kreiswahlversammlung, Teil 2

Hier wartet eine Mammutaufgabe auf die Teilnehmer der Versammlung. Alle Kandidierenden in den 14 Wahlkreisen für die Wahl eines neuen Kreistages Mittelsachsen (bis zum Redaktionsschluss waren es 37) stehen zur Wahl. Zur Zuordnung der jetzt noch 53 mittelsächsischen Städte und Gemeinden zu den 14 Wahlkreisen sowie die Zusammensetzung der Linksfraktion im Kreistag siehe Seite -7-. Außerdem muss die Kreismitgliederversammlung für all jene Städte und Gemeinden die Kandidierenden (-listen) bestätigen, in denen die Zahl der Parteimitglieder nicht für eine rechtsverbindliche Aufstellung ausreicht. Für den Fall weiterer Bewerber bis zum Schluss der Einreichungsfrist der Wahlunterlagen am 21. März muss die Kreiswahlversammlung eine „besondere Vertreter*innen-Versammlung“ bestätigen. Dem Kreisparteitag wird vorgeschlagen, dass der Kreisvorstand die Funktion dieser Versammlung wahrnimmt. (hw)

„aufstehen - die sammlungsbewegung“ auch in mittelsachsen aktiv

von **DIETER KUNADT**, Leisnig

In Sachsen gibt es zur Zeit zehn Orts- bzw. Regionalgruppen von „aufstehen - DIE SAMMLUNGSBEWEGUNG“.

Am 18.10.2018 hat sich auch in Mittelsachsen die erste Regionalgruppe zusammengefunden und monatliche Zusammenkünfte organisiert. Diese fanden bisher in der Gaststätte „Stiefel“ in Leisnig statt. An diesen bisher vier Treffen nahmen insgesamt 36 Bürgerinnen und Bürger teil, je Treffen im Durchschnitt 20 Personen. Der größte Teil davon ist parteilos, u.a. zwei Rechtsanwälte. Einige wenige Teilnehmer sind Mitglied unserer Partei.

Grundlage der Arbeit bildet für die Mehrzahl der Gründungsaufrief von Aufstehen. Zentrale Themen sind Frieden, Abrüstung, Soziale Gerechtigkeit, Gesunde Umwelt, Mehr Demokratie, also Themen die auch in unserer Partei eine entscheidende Rolle spielen.

Die Gruppe versteht sich dabei nicht als „Diskutierklub“, sondern Ziel ist es, die im Gründungsaufrief enthaltenen politischen Forderungen und Ziele mit konkreten Aktionen zu untersetzen. So wurden Transparente gestaltet, die sich gegen die steigenden Rüstungsausgaben wenden. Ein Transparent wurde während des letzten Bauernmarktes im Kloster Buch im Beisein von Mitgliedern der Gruppe öffentlich gezeigt und mit Bürgern die Diskussion gesucht (vergleichbar mit unseren Info-Ständen). Zum Januar-Treffen haben die Teilnehmer eine Spendenaktion zum Erhalt der linken Tageszeitung „Junge Welt“ durchgeführt.

Während der Treffen wird über die Aktionen der anderen Gruppen informiert, insbesondere in den sächsischen Großstädten und es werden Fahrgemeinschaften besprochen. Vorbereitet wird zur Zeit eine öffentliche Buchlesung mit einem Gründungsmitglied von Aufstehen. In der Zusammenkunft am

16.01.2019 wurde ausführlich zum Thema Gelbwesten in Frankreich diskutiert, unsere Solidarität bekundet, gleichzeitig aber auch Gewalt seitens der Demonstranten und insbesondere der Polizei sowie rechte Einflüsse verurteilt.

Für die kurze Zeit ihrer Existenz befindet sich die Leisniger Gruppe noch im Findungsprozess, der allmählich voranschreitet. So wurde ein Orga-Team berufen, Verantwortliche für Finanzen bestimmt und ein eMail-Verteiler eingerichtet. Die Treffen werden von Moderatoren für ein bis zwei Veranstaltungen geleitet, danach wird gewechselt. Die Diskussionen verlaufen zumeist sachlich und konstruktiv, nur selten kam es bisher zu hitzigen Debatten.

Warum bin ich, Dieter Kunadt, Mitglied unserer Partei und seit 18 Jahren Ortsvorsitzender in Leisnig bei „aufstehen“ ?

Für mich ist linkes Denken und Handeln mehr als die Partei DIE LINKE. Meine über 40-jährigen politischen Erfahrungen, mein Studium als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler haben mich geprägt. Es gibt in unserem Land zahlreiche Menschen, die in ihrem Denken und Handeln links sind und dennoch, aus den verschiedensten Gründen nicht zu unserer Partei finden. Für diejenigen bildet Aufstehen eine Möglichkeit, sich politisch aktiv einzubringen. In diesem Sinne ist das Mittun für mich eine Frage gelebter Bündnispolitik.

Solange ich mich als Mitglied unserer Partei bei Aufstehen politisch wohlfühle, werde ich aktiv mitwirken und meinen Beitrag leisten, damit linkes Denken und Handeln in unserem Land mehrheitsfähig wird.



Die Legislatur des mittelsächsischen Kreistages neigt sich ihrem Ende entgegen. Nur noch einmal - am 27. März - kommt der Kreistag zu einer Sitzung zusammen, es wird die 21. seit den Wahlen zum Kreistag 2014 sein. Wir haben dank unseres Redaktionsmitglieds Sabine Lauterbach ausführlich von allen diesen Sitzungen und aus der Arbeit der Ausschüsse des Kreistages berichtet. Im März werden wir an dieser Stelle ein vorläufiges Fazit der Arbeit der Kreistagsfraktion der LINKEN ziehen, bevor in unserer April-Ausgabe die letzte Sitzung dieser Wahlperiode ausgewertet wird - wie immer aus der Sicht der Linksfraktion. Danach geht es in den Wahlkampf, bevor am 26. Mai ein neuer Kreistag gewählt wird. Zur Information unserer Leserinnen und Leser veröffentlichen wir eine Grafik des Landratsamtes, in welcher der Zuschnitt der 14 Wahlkreise im Landkreis Mittelsachsen enthalten ist. Außerdem fassen wir zusammen, wer DIE LINKE im Kreistag vertritt.

Anfang des Jahres erhielten wir mehrere Hinweise von Bürgern zu verschiedenen Themen, den Landkreis betreffend.

Als erstes wird bei der Bearbeitung der Hinweise aus der Bevölkerung geschaut, ob man an Hand der aktuellen Haushaltszahlen oder auch dem ausgereichten Material aus den Ausschüssen Aussagen machen kann. Oft ist das nicht möglich, weil gerade im Kreishaushalt mehrere Posten in einem Konto zusammengefasst und nicht einzeln aufgeführt werden. Mit einer der an uns gestellten Anfragen möchten wir uns heute befassen.

anfrage zu schulbegleitern

Hier erhielten wir eine Anfrage, warum das Landratsamt Anträge auf Einzelfallhilfe regelmäßig ablehnen würde.

Was ist ein Schulwegbegleiter? Nun wenn Kinder beispielsweise durch eine schwere ADHS, Autismus (Asperger-Syndrom) oder ähnlichem derart beeinträchtigt sind, dass diese eine Einzelfallbetreuung benötigen, kann ein Antrag auf Einzelfallhilfe gestellt werden. Natürlich müssen Diagnose sowie Hilfsbedürftigkeit bestätigt sein. Dem Kind wird dann ein Schulbegleiter zur Seite gestellt. Dass sich solch ein Aufwand „lohnt“, kann ich aus Fällen in meinem Freundeskreis bestätigen. Durch solch eine Hilfe sind junge Menschen wieder befähigt worden, in die Gesellschaft integriert zu werden. Oft wurden gerade diese Kinder vorher gemieden, hatten kaum soziale Kontakte und kamen einfach nicht aus diesem Negativ-Kreis heraus. Heute sind das normale Mitglieder der Gesellschaft, die hier arbeiten und ein selbst gestaltetes Leben „erleben“. Zuständig für diese Kosten ist entweder das Jugendamt oder das Sozialamt.

Für körperlich oder geistig behinderte Kinder und Jugendliche ist das Recht der Sozialhilfe nach dem SGB XII anzuwenden (vorrangig gemäß § 10 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII). Kostenträger ist das Sozialamt. Laut Gesetz sind die Leistungen der Eingliederungshilfe durch der Kinder- und Jugendhilfe gleich wie die der Sozialhilfe.

Für seelisch behinderte Kinder, Jugendliche und junge Volljährige wird Eingliederungshilfe nach dem Kinder- und Jugendhilferecht geleistet (§ 35a SGB VIII). Kostenträger ist hier das Jugendamt.

Die Entwicklung der Fallzahlen und die entstandenen Kosten hat uns das Landratsamt auf unsere Anfrage hin mitgeteilt. Sie sind in den **Tabellen 1 (SGB XII) und 2 (SGB VIII)** zusammengefasst.

Sonderregelung zur Frühförderung: Frühförderung wird für Kinder unter vier Jahren geleistet. Weil es in diesem Alter oft nur sehr schwer zu erkennen ist, welche Art der Behinderung vorliegt, haben die meisten Bundesländer eine Sonderregelung dafür. Zu den Zahlen für den Landkreis Mittelsachsen siehe dazu die **Tabelle 3**. Unsere Erkenntnis ist nun folgende: bei sachgerechter Antragsstellung und eingehender fachlicher Prüfung wird dieser auch positiv beschieden. Ich selbst bin Mitglied im Jugendhilfeausschuss und sehe die Kostenentwicklung sehr kritisch. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, dass immer mehr Kinder schon früh seelische oder psychische Erkrankungen zeigen. So sehr sich in den Familien bemüht wird auf gesunde Ernährung usw. zu achten. Faktoren wie Stress im Beruf, Zeitmangel, Umwelteinflüsse, die Reizüberflutung, aber auch zu wenig Bewegung im Freien, all das schädigt die Gesundheit unserer Kinder. Hier sind wir alle gefragt, dem Trend entgegen zu wirken.

Tabelle 1: Schulbegleiter nach SGB VIII

Jahr	Anzahl	durchschnittliche Stunden je Schulwoche	Kosten im Jahr (gerundet)
2012	12	23,0	186.000 Euro
2013	20	22,0	223.000 Euro
2014	26	23,5	411.000 Euro
2015	29	22,1	498.000 Euro
2016	33	20,4	511.000 Euro
2017	33	21,0	431.000 Euro

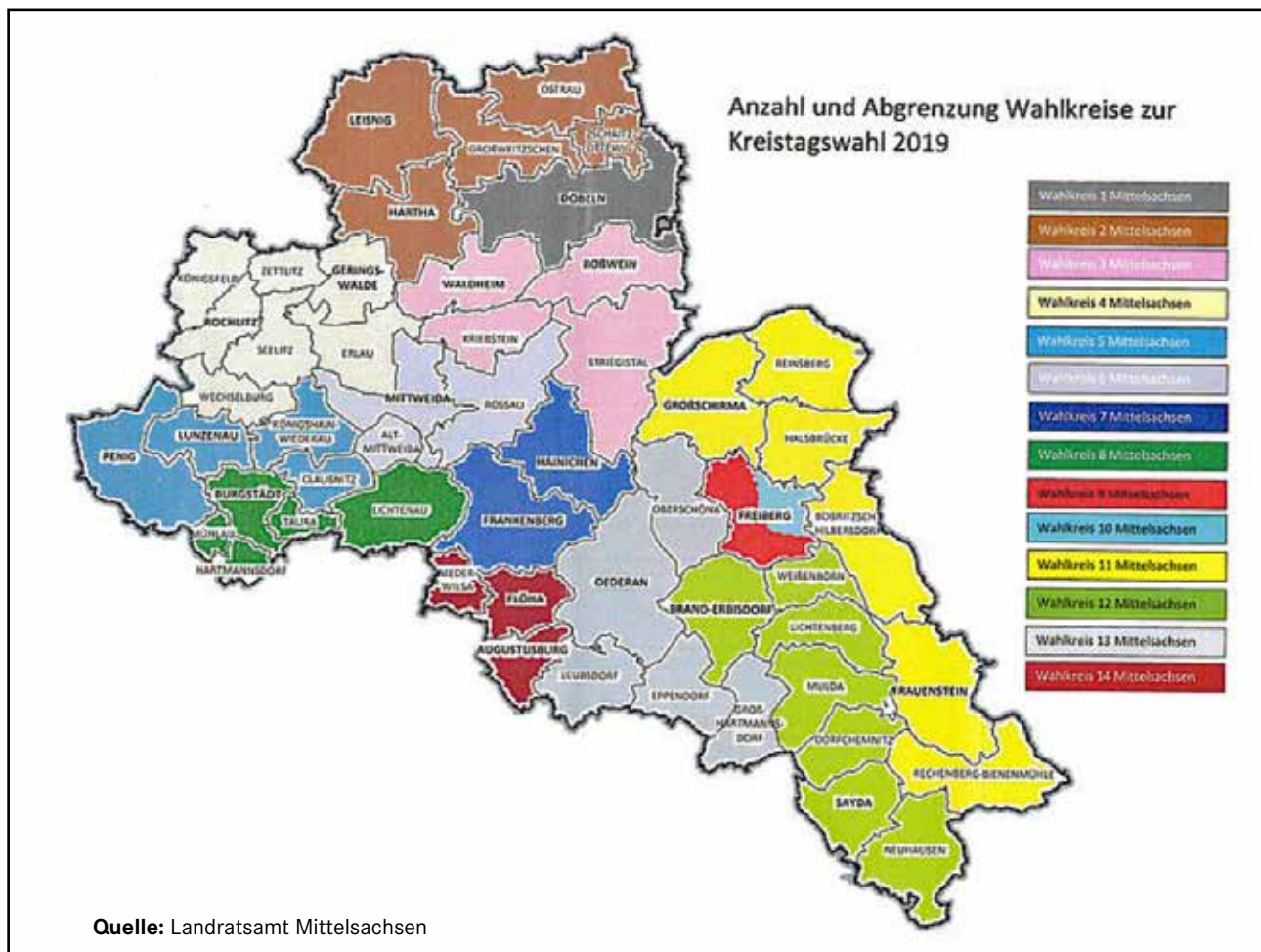
Tabelle 2: Schulbegleiter nach SGB XII

Jahr	Anzahl	durchschnittliche Stunden je Schulwoche	Kosten im Jahr (gerundet)
2012	23	21,7	191.000 Euro
2013	32	21,5	341.000 Euro
2014	40	20,7	435.000 Euro
2015	48	20,4	647.000 Euro
2016	50	21,2	765.000 Euro
2017	49	22,4	858.000 Euro

Tabelle 3: ambulante Frühförderung für Kinder unter vier Jahren

Jahr	Anzahl Fälle	Kosten im Jahr (gerundet)
2012	331	999.000 Euro
2013	324	945.000 Euro
2014	334	1.098.000 Euro
2015	322	1.010.000 Euro
2016	294	957.000 Euro
2017	288	1.026.000 Euro





wahlen zum neuen kreistag am 26. mai im blickpunkt

Aus der obigen Kartenskizze, der „Öffentliche Bekanntmachung des Landratsamtes Mittelsachsen zur Wahl des Kreistages im Landkreis Mittelsachsen am 26. Mai 2019“ als Anlage beigefügt, geht der Zuschnitt der 14 Wahlkreise für den neuen Kreistag hervor. Gegenüber dem Jahr 2014 haben sich vor allem im Bereich des Altkreises Döbeln Veränderungen ergeben. Außerdem wurde die Gemeinde Mochau nach Döbeln eingemeindet. Die im vergangenen Jahr vom Kreistag beschlossenen Veränderungen im Zuschnitt der Wahlkreise scheinen nach Auffassung des Fraktionsvorsitzenden Gottfried Jubelt DIE LINKE zu benachteiligen. Auf der Kreiswahlversammlung am 2. März stellen sich die Kandidat*innen für die 14 Wahlkreise vor und stehen zur Wahl.

Wir wollen an dieser Stelle auf die **Ergebnisse der LINKEN zu den bisherigen zwei Kreistagswahlen in Mittelsachsen in den Jahren 2008 und 2014** zurückblicken.

- Im **Wahljahr 2008** erreichten wir 18,5 % der Stimmen (Gesamtzahl 69.967) und errangen damit als zweitstärkste Partei hinter der dominanten CDU 19 Sitze im 98 Sitze umfassenden Kreistag.
- Im **Wahljahr 2014** erreichten wir nur noch 16,2 % der Stimmen (Gesamtzahl 61.867) und errangen damit - wiederum als zweitstärkste Partei - nur noch 16 Sitze. Die Ergebnisse in den Wahlkreisen schwankten zwischen 24,3 % im Wahlkreis 4 (u.a. um Rochlitz und Geringswalde) und 11,1 % im Wahlkreis 11 (im Osten des Kreises von Reinsberg bis Rechenberg-Bienenmühle).

In den einzelnen Wahlkreisen (Zuschnitt von 2014) wurden folgende **Kreisräte mit dem Mandat der LINKEN** in den Kreistag gewählt.

LOTHAR SCHMIDT	Wahlkreis 1
PETER KRAUSE	Wahlkreis 2
ELGINE TOUR DE LA CRUZ	Wahlkreis 3
DIETER KUNADT	Wahlkreis 3
DAVID RAUSCH	Wahlkreis 4
HARALD PÖTZSCH	Wahlkreis 4
RINGO GRÜNDEL	Wahlkreis 5
SABINE LAUTERBACH	Wahlkreis 6
FRANK RICHTER	Wahlkreis 7
PETRA STEIDTEN	Wahlkreis 8
ACHIM GRUNKE	Wahlkreis 9
UWE FANKHÄNEL	Wahlkreis 10
ARNDT SCHARFENSTEIN	Wahlkreis 11
THOMAS KEMPE	Wahlkreis 12
MARINA MORGENSTERN	Wahlkreis 13
GOTTFRIED JUBELT	Wahlkreis 14

FRANK RICHTER verzichtete im Wahlkreis 7 zugunsten von **JENS STAHLMANN** auf sein Mandat. Dieser schied später aus dem Kreistag aus und trat danach auch aus der LINKEN aus. Aus diesem Wahlkreis rückte **JÖRG HOMMEL** nach. Für den viel zu früh verstorbenen **HARALD PÖTZSCH** (Wahlkreis 4) rückte **RAINER ECKERT** nach.

Das Ergebnis der Kreistagswahlen darf man mit Spannung erwarten. Während die CDU zu den Wahlen im Jahr 2014 auf 42,2 % zulegen konnte, die NPD mit 3,8 % drei Sitze errang und die AfD aus dem Stand mit 4,2 % auf vier Sitze kam, dürften sich diesmal erhebliche Verschiebungen in Richtung AfD ergeben. Das Kapitel „NPD im Kreistag“ dürfte vorerst abgeschlossen werden.

27. januar - tag des gedenkens an die opfer des nationalsozialismus

Seit 1996 ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland ein gesetzlich verankerter Gedenktag. Er geht zurück auf den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog. Er proklamierte den Gedenktag auf jenen 27. Januar, an dem im Jahr 1945 Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des KZ Auschwitz-Birkenau, des größten Vernichtungslagers des Nazi-Regimes, befreiten.

Am Ehrenhain auf dem Alten Friedhof in Dittersbach (Ortsteil der Gemeinde Neuhausen) sprach die Landtagsabgeordnete der LINKEN, **DR. JANA PINKA** (siehe das nebenstehende Bild). Wir dokumentieren ihre Rede. Gedenkveranstaltungen fanden u.a. auch in Flöha und Rochlitz statt. In Flöha sprach Oberbürgermeister **VOLKER HOLUSCHA** zu den Teilnehmern. Dem Freiburger Gedenken ist unser Standpunkt unseres Redaktionsmitglieds **RUTH FRITZSCHE** auf Seite -2- gewidmet.



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Haustein, liebe Anwesende!

Ich möchte meine Ansprache zum heutigen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus an diesem Ehrenhain in Dittersbach mit zwei persönlichen Anmerkungen beginnen.

Ich höre sehr viel Musik, zum Beispiel auch die des Liedermachers Hans-Eckardt Wenzel. Er hat im Herbst letzten Jahres eine neue CD produziert. Das Lied „Theresienstadt“ entstand nach seinem Besuch im Januar 2018. Dort heißt es im Refrain: „Theresienstadt – du klaffende Wunde, was treibst du den Schreck in mich ein. Ich dachte gerade, jede Sekunde könnte es wieder so sein.“

Ich war letzte Woche mit dem Europaausschuss des Sächsischen Landtages im Herzen Europas, in Brüssel. Wir haben natürlich über die Auswirkungen des Ausstieges Großbritanniens aus der EU und dessen Folgen gesprochen. Aber ein großes Thema in diesem Zusammenhang war auch der aktuell wachsende Zuspund zu rechtspopulistischen Parteien in Europa, nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in Polen, Ungarn, Italien, Frankreich. Europa ist ein Friedensprojekt. Mit einem Zerfall dieses Zusammenhaltes steht auch der Frieden auf dem Spiel. Ich hoffe, dass dies angesichts des heutigen Gedenktages in Erinnerung gerufen wird, was eine Weichenstellung in diesem Schicksalswahljahr

für diesen Kontinent bedeuten kann.

Warum beginne ich diese Rede mit diesen Worten. Sie als hiesige Einwohnerinnen und Einwohner, die bereits seit 1945 jährlich an diesem Tag und Ort den Opfern eines furchtbaren Krieges, der von Deutschland ausging, gedenken, wissen, warum Sie das tun. Sie wollen, genauso wie ich, dass sich die Geschichte so niemals wiederholen darf.

Sie wissen, liebe Anwesende, um die Tatsache, dass die Hitler-Faschisten in den letzten Kriegswochen versuchten, die Konzentrationslager zu räumen. Die Inhaftierten wurden in Kolonnen oft zu Fuß durch das Land getrieben. Mehrere dieser Todesmärsche verliefen auch durch den heutigen Landkreis Mittelsachsen. Der größte davon war der am 11. April 1945 gestartete Todesmarsch des Kommandos Neustaßfurt, einem Außenlager des KZ Buchenwald in Richtung Theresienstadt. Die Marschkolonnen mit 650 Häftlingen erreichte am 26. April mit 400 Überlebenden den Ort Dittersbach. Die Menschen wurden zunächst in einer Scheune zusammengepfercht. Über den Aufenthalt, der bis zum 7. Mai andauerte, sind wir durch Erinnerungen französischer Deportierter und durch ein Schülerprojekt, das 1985 an der Oberschule Neuhausen realisiert wurde, gut unterrichtet. Dem Terror der SS fielen in Dittersbach bei Neuhausen bis zum 6. Mai noch einmal vierundzwanzig Häftlinge zum Opfer. Sie wurden zunächst verscharrt und nach dem 8. Mai auf dem alten

Friedhof beigesetzt. Ihnen zu Ehren wurde vor vierzig Jahren eine würdige Gedenkstätte errichtet, die heute von der Gemeinde Neuhausen beispielhaft gepflegt wird.

Die Erinnerung an den Irrweg, den unser Volk 1933-1945 gegangen ist, die Erinnerung an die unsäglichen Verbrechen – hier an diesem Ort ist sie lebendig. Und deshalb verneigen wir uns heute, wie auch in den Jahren zuvor und in den kommenden Jahren wieder, genau hier vor den Toten des Marsches Neustaßfurt – Annaberg. An diesem Ort gedenken wir besonders jener 24 Männer, die wenige Tage vor dem Ende des Krieges hier in Dittersbach sterben mussten. Und wir gedenken mit ihnen aller Opfer der Hitler-Diktatur. Unser Erinnern gilt den Opfern des Massenmordes an den europäischen Juden, es gilt den ermordeten Nazigegegnern, seien es Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale oder bekennende Christen. Wir gedenken der in der Euthanasie-Aktion getöteten Menschen und der ermordeten Homosexuellen, und wir erinnern an die Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung während des 2. Weltkrieges. Es starben allein fünfzehn Millionen Menschen in der Sowjetunion und viereinhalb Millionen in Polen, weil deren Bevölkerung in der faschistischen Ideologie als minderwertig galt.

Erhalten wir uns mit dieser Erinnerung auch die Kraft, aufkeimenden Nationalbestrebungen in Europa offensiv zu begegnen. Ich selber habe in meinem Leben an sehr vielen europäischen Forschungsprojekten teilgenommen, die Besonderheiten der

verschiedenen Regionen und deren Menschen kennengelernt. Ich wünschte mir, dass dies noch stärker auch unter Jugendlichen stattfindet. Die Begegnung, das Zugehen auf andere Kulturen in Europa und deren Vielfalt machen uns stark.

Vergessen wir das nie, angesichts der Bürde, die unser Volk trägt und die uns niemand abnehmen kann. Wir Älteren haben die Verpflichtung, dieses Wissen an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben!

Anlässlich des heutigen Internationalen Holocaust-Gedenktages wird heute Nachmittag in Freiberg eine Ausstellung mit Bildern der US-amerikanischen Künstlerin Jana Zimmer eröffnet. In ihren Werken verarbeitet die Künstlerin ihre Familiengeschichte, die eng mit dem Holocaust und der Geschichte Freibergs verbunden ist: 1944 wurde ihre Mutter von Auschwitz in das KZ-Außenlager Freiberg deportiert, wo sie mit rund 1000 anderen jüdischen Mädchen und Frauen Zwangsarbeit leisten musste und überlebte.

Die Erinnerung an eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte macht unsere Gesellschaft nicht klein, wie von Rechtsextremen und Rechtspopulisten behauptet. Das Gegenteil ist richtig: Dass wir uns unserer Geschichte gestellt, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben, war die Voraussetzung dafür, dass Deutschland weltweit respektiert wird. Verneigen wir uns vor den Opfern des Nationalsozialismus mit dem Versprechen, solche Gräueltaten nie wieder zuzulassen.



In **Freiberg** war es es leider nur ein „kleines Häuflein Aufrechter“ von der LINKEN, welches am sowjetischen Ehrenfriedhof der Befreier und der Opfer des Nationalsozialismus gedachte. Dazu auch der Standpunkt von unserem Redaktionsmitglied **RUTH FRITZSCHE** auf Seite -2-.



In **Rochlitz** gedachten am Gedenkstein an der Semnarstraße etwa 50 Einwohner, darunter Oberbürgermeister **FRANK DEHNE**, vor allem den nach Rochlitz deportierten jüdischen Frauen. In **Penig** war Bürgermeister **THOMAS EULENBERGER** (CDU) unter den ca. 30 Teilnehmern auf dem Stadtfriedhof.



In **Flöha** versammelten sich am 27. Januar 15 Personen, größtenteils LINKE, am Ehrenmal für die Opfer der Nazidiktatur an der Lessingstraße. Das Werk des bedeutenden Bildhauers Friedrich Press wurde im Jahr 1950 aufgestellt und kam mit dem Bau der Poliklinik 1965 an seinen heutigen Platz. Die Rede hielt Oberbürgermeister **VOLKER HOLUSCHA** (DIE LINKE).

internationaler frauentag 2019 - 100 jahre frauenwahlrecht

Am 8. März begehen wir den Internationalen Frauentag. In diesem Jahr ist er verbunden mit einem besonderen historischen Ereignis: Vor 100 Jahren wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht durchgesetzt. Wir dokumentieren wesentliche Schritte bis zur Erkämpfung des Frauenwahlrechts in Deutschland und in diesem Zusammenhang eine Erklärung der Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping.

1865: Erste Frauenkonferenz und Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. Erste Vorsitzende wird Louise Otto-Peters.

1866: Gründung des Vereins zur Förderung des weiblichen Geschlechts.

1879: Das Buch „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel erscheint. Damit erhält die Frauenbewegung mehr Popularität.

1888: Durch den Verein „Frauenbildung - Frauenstudium“ wird die Forderung nach Zulassung von Frauen an Universitäten erhoben.

1888: Gründung des Vereins „Frauenwohl“.

1893: In Karlsruhe wird das erste Mädchengymnasium Deutschlands gegründet.

1900: Als erster Bundesstaat erlaubt das Großherzogtum Baden Frauen die Immatrikulation an Hochschulen.

1902: Der deutsche Verein für Frauenstimmrecht wird gegründet.

Das später in „Deutscher Verband für Frauenstimmrecht“ umbenannte Netzwerk kämpft für das aktive und passive Wahlrecht für Frauen.

1908: Das Preußische Vereinsgesetz wird aufgehoben. Frauen können damit Mitglied in politischen Parteien werden und sich politisch betätigen.

1911: Clara Zetkin initiiert den ersten internationalen Frauentag als Kampftag für das Frauenstimmrecht. Über eine halbe Million Frauen beteiligen sich in mehreren Ländern.

1918: Am 9. November wird die Republik ausgerufen. Das „Gesetz über die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung“ vom 12. November gewährt allen Bürgerinnen und Bürgern ab 20 Jahren das aktive und passive Wahlrecht.

1919: Am 19. Januar finden die ersten Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt, an denen Frauen teilnehmen dürfen. Die Weimarer Reichsverfassung legt fest: „Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

erklärung von katja kipping

Am 19. Januar 1919 haben Frauen in Deutschland zum ersten Mal an den Wahlen zur damaligen Nationalversammlung der jungen Weimarer Republik teilgenommen. Zwei Monate zuvor wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. „Ein Akt der Gleichstellung von Mann und Frau, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, aber hart erkämpft werden musste“, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Katja Kipping weiter: „Durch die wenigen Frauen in den Reihen der AfD und auch der FDP ist der Frauenanteil im Bundestag heute so niedrig wie vor 20 Jahren. Das zeigt, dass wir Frauen uns Fortschritten nie sicher sein können, sondern immer wieder unsere Rechte einfordern müssen. Tatsächlich lag der Frauenanteil unter den Parlamentariern aber nie höher als bei 36,3 Prozent. Leider führen rechtliche Möglichkeiten allein - so wichtig sie sind - nicht automatisch zu ihrer Umsetzung. Jedes Gleichheitsver-

sprechen bleibt uneingelöst, wenn wir die Verhältnisse nicht grundlegend auf den Kopf stellen. Solange Menschen in diesem Land ausgebeutet werden - und Frauen im Besonderen - dann kann es keine wirkliche Gleichheit geben. Denn wir müssen auf der einen Seite erst die sozialen Voraussetzungen für politisches Mitmischen schaffen - also z.B. auch die schwere Arbeit von Frauen im Pflegebereich endlich anerkennen, mehr Personal einzustellen und entsprechend zu entlohnen - und auf der anderen Seite auch die ungleiche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern angehen. Kurzum: Auch Männer haben ein Recht darauf, jede zweite Windel zu wechseln und jeden zweiten Elternabend wahrzunehmen. Im Gegenzug könnten wir Frauen sie dann bei den gut bezahlten, schweren, verantwortungsvollen Führungspositionen zur Hälfte entlasten. In diesem Sinne: das Frauenwahlrecht war ein Anfang, es ist noch lange nicht das Ende.“



Clara Zetkin, geboren am 5. Juli 1857 im mittelsächsischen Wiederau, gehörte als Teilnehmerin des internationalen Arbeiterkongresses von 1889 in Paris zu den Gründern der Zweiten Internationale der sozialistischen Arbeiterbewegung. Dort hielt sie ihr berühmt gewordenes Referat, in welchem sie die zahmen Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung kritisierte. „Die Emanzipation der Frau wie des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen“.

Clara Zetkin war von 1891 bis 1917 Herausgeberin der SPD-Frauenzeitung „Die Gleichheit“. Auf dem Internationalen Sozialistenkongress im August 1907 in Stuttgart wurde die Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale beschlossen - mit Clara Zetkin als internationale Sekretärin. In dieser Funktion initiierte sie auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz im August 1910 den Internationalen Frauentag. Innerhalb der nächsten fünf Jahre hatte der Internationale Frauentag seinen Platz in der sozialistischen Bewegung gefunden, wobei nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges aus dem Frauentag vor allem ein Aktionstag gegen den Krieg wurde.

rätedemokratie statt parlamentarischer demokratie?

von ACHIM GRUNKE

Wenn das System der parlamentarischen Demokratie versagt und in Kritik gerät, dann wird zuweilen auch nach der Rätedemokratie als Alternative gerufen. Vor allem in Übergangsperioden gesellschaftlicher Umbrüche entstehen spontan Rätegremien als Aktionsorgane, so z.B. in den französischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, in der Pariser Kommune 1871, in den russischen Revolutionen 1905 und 1917 als auch in der deutschen Novemberrevolution 1918 und den kurz bestehenden Räterepubliken. Auch die „Runden Tische“ im Endstadium der DDR 1989/90 hatten rätedemokratische Züge.

Für die Rätedemokratie gibt es kein geordnetes theoretisches Gebäude. Bestimmte Grundideen dafür lieferten die Philosophen J.-J. Rousseau (1712-1778) und der Mitbegründer des Anarchismus P.-J. Proudhon. Karl Marx hielt in der Pariser Kommune von 1871 eine Rätedemokratie verwirklicht, als Gegenstück zum „Versuch des Thiers und seiner Krautjunker, die ihnen vom Kaisertum überkommene alte Regierungsmacht wiederherzustellen und zu verewigen“. Und in dem von Rosa Luxemburg verfassten Programmpapier „Was will der Spartakusbund?“ vom 14. Dezember 1918 hieß es: „Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A[rbeiter]- und S[oldaten]-Räte sowie deren Ausschüsse und Organe“. Dabei ist zu beachten, dass die Parlamente, mit denen es Marx und Luxemburg hier zu tun hatten, nicht wirklich demokratisch waren und eher einen verkrüppelten Parlamentarismus abgaben.

Bekannt ist auch, dass die Philosophin Hannah Arendt (1906-1975) mit Aufmerksamkeit und Sympathie rätedemokratische Experimente verfolgte, aber doch bedauern musste, dass Rätesysteme bislang in der Geschichte keine Chance hatten, sich zu etablieren.

Fundamentale Kritik am parlamentarischen Regierungssystem führte zu Ende der 1960er Jahre in der Bundesrepublik zu einem Wiederaufleben der Diskussion um das Modell der Rätedemokratie, das von der damaligen außerparlamentarischen Opposition (Studentenbewegung, Rudi Dutschke) als eine sozialistische Alternative zu bestehenden parlamentarischen Demokratie angesehen wurde.

typische merkmale

Hinter dem Rätedemokratie steht keine systematische politische Theorie, sondern ein Organisationsmodell einer permanenten direkten Demokratie. Entgegen der „formalen“ parlamentarischen Demokratie, die staatsbürgerliche Selbstbestimmung auf ein periodisches Wahlrecht zur Wahl der Volksvertreter reduzierte, soll das Rätesystem die Selbstbestimmung der bis dato Beherrschten herstellen, die Entfremdung zumindest tendenziell beseitigen, Bürokratisierung und Oligarchiebildung verhindern, die Identität von Regierenden und Regierten schaffen sowie Partizipation und Kontrolle durch die Basis gewährleisten.

Die idealtypischen Vorstellungen, was eine Rätedemokratie ausmachen sollte, lassen sich insbesondere in folgenden Punkte zusammenfassen:

- Alle wichtigen Entscheidungen werden von einer Urwählerschaft getroffen, die sich in Basiseinheiten, z.B. auf Betriebs- und Woh-

nebene, organisierten. Auf den Basiseinheiten baut eine Pyramide von Delegiertenkörperschaften (Räten) auf, die von der jeweils nachgeordneten Ebene gewählt werden.

- Die Delegierten sind an die Entscheidungen der Urwählerschaft gebunden (imperatives Mandat). Dazu gehören auch permanente Rechenschaftslegung in den Basiseinheiten sowie die Möglichkeit, jederzeit abberufen und durch neue Delegierte ersetzt werden zu können.
- Alle öffentlichen Ämter werden durch Wahl bestimmt. Die gewählten Vertreter sollen ehrenamtlich tätig sein oder eine Entschädigung erhalten, die dem Durchschnittseinkommen der Urwählerschaft entspricht.
- Alle Sitzungen sind öffentlich, um eine Kontrolle durch die Basis zu ermöglichen.
- Durch Ämterrotation soll eine häufige Wiederwahl und eine Vesselbständigung der Amtsträger (mit negativen Folgen, wie Machtkonzentration, Bürokratisierung und Korruption) verhindert werden.



- Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative wird aufgehoben, um durch die ungeteilte Kraft der Basis die Leistungsfähigkeit des Rätesystems zu sichern.
- Die Vermittlung des Volkswillens durch Parteien und Fraktionen wird abgelehnt.
- Damit das Rätesystem sich auf Dauer behaupten kann, müssen alle Bereiche der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft u.a.) auch nach rätedemokratischen Prinzipien eingerichtet werden.

bewertung und kritik

Bisher sind alle Versuche gescheitert, das Rätesystem dauerhaft in nachrevolutionäre staatliche Organe umzuwandeln, was Kritiker an systemimmanenten Schwächen dieses Systems festmachen.

Voraussetzung für die Entscheidungsfähigkeit der Basis wäre eine ständige und umfassende Information, für die jedoch aufgrund der begrenzten Informationsaufnahme und -verarbeitungskapazität der Basis Schranken gesetzt sind. Auch eine permanente Partizipation der Urwählerschaft kann nicht auf Dauer aufrechterhalten

werden. Voraussetzung hierfür wäre eine hohe Bereitschaft sich zu engagieren. Aktive Minderheiten könnten dann in einem Rätesystem die apathische Mehrheit dominieren. Das Rätemodell setzt voraus, dass nicht nur alle Informationen zur Verfügung stehen, sondern auch genutzt werden.

Die Kontrolle der Führung sei durch das Rätesystem keineswegs gewährleistet. Da keine Kontrollgremien mit gleich hohem Informationsniveau vorgesehen sind, könne der Informationsvorsprung der Führung zur Disziplinierung und Manipulation der Basis eingesetzt werden. Die Führung schaffe sich so die erforderliche Legitimation durch gelenkte Mobilisierung der Basis von oben anstatt einer Partizipation von unten.

Die Aufhebung der Gewaltenteilung birgt dann die Gefahr in sich, dass Macht nicht mehr einer effektiven Kontrolle unterworfen ist und die Unabhängigkeit des Rechts nicht gewährleistet ist.

Um Parteien und Fraktionen überflüssig zu machen, wie es das Rätemodell verlangt, müsste völlig realitätsfremd eine Homogenität der Gesellschaft (ohne Klassenunterschiede und Interessendifferenzen) hergestellt werden, wie es nicht mal in den sozialistischen Ländern gelungen ist. Die Bildung von Fraktionen und Parteien lässt sich aufgrund der Inhomogenität der Gesellschaft also nicht verhindern; außerdem sind sie eine Voraussetzung, um Alternativen zu Entscheidungen formulieren zu können.

Das imperative Mandat erschwert bzw. blockiert notwendige Kompromissfindungen. Es schafft Vetogruppen und führt zumeist nur unter großen Verzögerungen zu Entscheidungen.

Bürokratie ist die notwendige und adäquate Organisationsform jeder hochindustriellen Gesellschaft. Sie folgt aus der zunehmenden Arbeitsteilung und Komplexität der Wirtschaft. Die geschichtliche Erfahrung zeige, dass sich Räteorgane innerhalb kürzester Zeit eigene Bürokratien geschaffen haben. Alle öffentlichen Ämter ehrenamtlich betreiben zu wollen, muss an der Realität scheitern.

fazit

Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, dass sich Räte als Kampforgane in revolutionären Situationen bewährt haben, aber alle Versuche einer Überführung dieser revolutionären Organisationsform in ein auf Dauer angelegtes Verfassungsgefüge jedoch gescheitert sind. Selbst die Sowjetunion, die den Rätebegriff im Namen trug (Sowjets=Räte) war keine Räterepublik, sondern mit ihrem zentralistischem Aufbau eher das Gegenteil. Allenfalls im Selbstverwaltungssozialismus Tito-Jugoslawiens gab es in Ansätzen eine Rätedemokratie. Und auch die Schweiz mit ihrer regelmäßig praktizierten direkten Demokratie ist kein Rätedemokratie, sondern im Grundsatz eine parlamentarische Demokratie.

Dennoch können einige Grundideen des Rätesystems auch von Nutzen sein, um das System der repräsentativen Demokratie kritisch zu hinterfragen und dessen Schwächen sichtbar zu machen. Außerdem lassen sich einige Elemente des Rätesystems zur Demokratisierung von gesellschaftlichen Teilbereichen nutzbar machen.

Für eine weitere Demokratisierung der Bundesrepublik hieße das etwa, die repräsentative parlamentarische Demokratie durch direkte Demokratie zu erweitern. Direkte Demokratie auf staatlicher Ebene (Volksentscheide) und kommunaler Ebene (Bürgerentscheide) sind ein Korrektiv zum repräsentativen System.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand führt seine nächste planmäßige Beratung am 19. Februar (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) im Bürgerbüro Döbeln durch. Der Schwerpunkt ist eine letzte Abstimmung zur Vorbereitung des Kreisparteitages am 2. März in Siebenlehn.

Am 18. Februar findet in Siebenlehn die Beratung mit den Ortsvorsitzenden zur Vorbereitung des Kreisverbandes auf den Wahlkampf statt. Im Mittelpunkt dabei die im folgenden genannten Schwerpunkte der **Beratung des kreislichen Wahlstabes**.

Diese fand am 13. Februar, dem Tag des Redaktionsschlusses, in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg statt. Behandelt wurden organisatorische Fragen zur Vorbereitung der Europa-, Landtags-, und Kommunalwahlen. Schwerpunkte waren der aktuelle Stand der Kandidaturen für die Kommunalparlamente (Kreistag, Stadt- und Gemeindevertretungen), die Planung von Unterstützungstouren durch Prominente (es kommen u.a. Conny Ernst, Katja Kipping und Rico Gebhardt nach Mittelsachsen), die Planung des Wahlkampfaufzuges am 1. Mai und die Logistik für die Bereitstellung und Verteilung der Wahlkampfmaterialien und die Plakatierung.

aus der europäischen linken

Von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

Am 26. und 27. Januar 2019 fand die Vorstandssitzung der Partei der Europäischen Linken in Brüssel statt. Dabei wurden die beiden Spitzenkandidaten für die Europawahl im Mai 2019 bestätigt.

Zum einen Violeta Tomić von der slowenischen Partei Levica, zum zweiten Nico Cué, ehemaliger Gewerkschaftssekretär der belgischen Metallgewerkschaft. Mit dieser Doppelspitze möchten die Europäische Linke den Menschen in Europa ein klares Angebot machen, denn sie steht an der Seite derjenigen, die den wachsenden Widerspruch zwischen Reichtum und Armut nicht hinnehmen. Die soziale Frage ist die Schlüsselfrage unserer Zeit. Die Glaubwürdigkeit der Politik hängt zu einem großen Teil von ihrer Fähigkeit zu einer wirksamen Umverteilung von Vermögen zugunsten der ärmeren Klassen ab. Eine weitere wichtige Frage ist die ökologische Nachhaltigkeit in sozialer Verantwortung. Gerade die neue Jugendbewegung gegen den Klimawandel und für eine bewusste Auseinandersetzung mit den Folgen falscher politischen Entscheidungen für die nächste Generation, ist für uns zentraler Ansatzpunkt unserer politischen Auseinandersetzungen. Es gilt eine militaristische EU zu verhindern.

Anschließend fand am 28. Januar 2019 der Neujahrsempfang der EL in Brüssel statt, wobei ich als Pressesprecherin der EL und insbesondere für den Präsidenten Gregor Gysi kurzfristig die Moderation übernehmen durfte. Mit anwesend waren u.a. der Co-Spitzenkandidat der EL, Nico Cué sowie Gregor Gysi, Maite Mola, Bodo Ramelow, Martin Schirdewan, Gabi Zimmer, Helmut Scholz sowie viele VertreterInnen von Gewerkschaften, anderer Parteien, NGO's, Stiftungen und Journalisten. Maite Mola eröffnete als Vizepräsidentin der EL den Empfang, anschließend wies der Präsident der EL Gregor Gysi auf die bevorstehenden Herausforderungen aber auch Möglichkeiten für die Linke in Europa hin.

unsere jubilare



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

im märz 2019 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

ANNELIES SCHLÜTER	geb. am 03.03.1927,	in Klipphausen
DIETER MUCKE	geb. am 06.03.1939,	in Großschirma
KLAUS FANDRICH	geb. am 06.03.1936,	in Lichtenberg
SIEGFRIED GILAT	geb. am 09.03.1932,	in Erlau
ERIKA STEYER	geb. am 11.03.1930,	in Oederan
UTE DÖRN	geb. am 11.03.1959,	in Hainichen
LIESBETH MÖLLER	geb. am 13.03.1932,	in Freiberg
SIEGFRIED THOMAS	geb. am 15.03.1938,	in Döbeln
HANS-PETER KOCH	geb. am 19.03.1964,	in Bobritzsch-Hilbersdorf
JUTTA BOCHMANN	geb. am 20.03.1933,	in Mulda
ILONA JUNGHANNS	geb. am 20.03.1938,	in Augustusburg
HORST HAMMER	geb. am 21.03.1928,	in Wechselburg
HORST SCHNEIDER	geb. am 22.03.1937,	in Flöha
SIEGLINDE WIDERA	geb. am 22.03.1934,	in Brand-Erbisdorf
ORTRUN KÖTZSCH	geb. am 22.03.1938,	in Brand-Erbisdorf
IRMGARD HAWER	geb. am 26.03.1929,	in Leisnig
WERNER STEPHAN	geb. am 29.03.1936,	in Geringswalde
DANUTA KLUG	geb. am 29.03.1928,	in Brand-Erbisdorf
ERIKA RIETZSCHEL	geb. am 31.03.1938,	in Döbeln
HANS-JOACHIM KLÖPPER	geb. am 31.03.1930,	in Freiberg
HEINZ KOCH	geb. am 31.03.1922,	in Großhartmannsdorf

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Seniorinnen ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen künftig eigentlich nur bei Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es einfach umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) erscheinen wollen, bittet die Redaktion um Information.

jahrestage im märz 2019

11.03. 1894: Otto Grotewohl geboren, deutscher Politiker, Ministerpräsident der DDR.

02. - 06.03. 1919: Gründungskongress der III. (Kommunistischen) Internationale in Moskau.

02. - 06.03. 1919: In Berlin tagt der „Revolutionärsparteitag“ der USPD.

10.03. 1919: Leo Jogiches wird im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit ermordet.

18.03. 1929: Christa Wolf geboren.

14./15.03. 1939: Okkupation der Tschechoslowakei durch das faschistische Deutschland.

21./22.03. 1939: Okkupation Danzigs und des Memelgebietes durch deutsche Truppen.

28.03. 1939: Mit dem Einmarsch der Franco-Truppen in Madrid endet der spanische Bürgerkrieg.

gerkrieg.

23.03. 1959: Uraufführung von Brechts „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ in Berlin.

26.03. 1959: Beschluss über die Bildung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung in der DDR.

31.03. 1979: Manifestation gegen Berufsverbote in Bonn (35.000 Teilnehmer).

10.03. 1994: Der Bundestag streicht den § 175 (Strafbarkeit von Homosexualität) aus dem Strafgesetzbuch.

11.03. 1999: Oskar Lafontaine tritt als Finanzminister und SPD - Vorsitzender zurück und legt sein Bundestagsmandat nieder.

03.03. 2009: Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln bei Bauarbeiten zur Nord-Süd-Stadtbahn.

terminübersicht

februar 2019:

- 18.02. 18:00 Uhr Beratung mit den Ortsvorsitzenden Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Ross“.
- 19.02. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1 a
22. - 24. 02. **Europaparteitag der LINKEN** in Bonn
- 25.02. 14:00 Uhr Redaktionsberatung der „LinksWorte“ Bürgerbüro Freiberg, Domgasse 7

märz 2019:

- 02.03. 09:30 Uhr **Kreisparteitag als Kreiswahlversammlung** Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Ross“
- 08.03. Veranstaltungen anlässlich des **Internationalen Frauentages** u.a. in Wiederau, Döbeln und Freiberg
- 20.03. 14:00 Uhr Wahlstab Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str.34
- 20.03. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str.34
- 21.03. 18:00 Uhr Spätester Termin der Einreichung von Wahlvorschlägen zur Kommunalwahl
- 25.03. 14:00 Uhr Redaktionsberatung der „LinksWorte“ Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str.34



Da unsere nächste Ausgabe erst nach dem 8. März erscheint, möchte auch die Redaktion allen unseren Leserinnen ganz herzlich zum Internationalen Frauentag gratulieren. Natürlich werden wir in unserer März-Ausgabe auf die Veranstaltungen zum 8. März in Wort und Bild eingehen. So ist uns bekannt, dass die Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka zur traditionellen Frauentagsveranstaltung im Clara-Zetkin-Geburtsort Wiederau sprechen wird und die Ortsverbände Freiberg und Brand-Erbisdorf sich zur gemeinsamen Frauentagsfeier treffen.

Die LINKE Mittelsachsen ruft erstmals zur Verleihung eines alternativen Frauentagspreises aus:

DIE LINKE Mittelsachsen lädt am 8. März 2019 um 16:00 Uhr zum **Frauentagsempfang** in das Haus der Vielfalt (ehemaliges Frauenzentrum) in der Zwingerstraße 3/4, 04720 Döbeln. Dabei soll erstmalig ein alternativer Frauenpreis für Mittelsachsen vergeben werden.

Dazu erklärt die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**:

„Oft sind es die alltäglichen Geschichten, die uns Frauen vor Herausforderungen aber auch vor nicht gekannter Stärke stellen. Ich möchte einen Frauentagspreis schaffen, der genau diese Frauen in den Vordergrund rückt. Wir haben alle im Bekannten oder Freundeskreis starke Frauen, die eine Auszeichnung verdient haben. Ich denke da an die alleinerziehende Mutter, an die verwitwete junge Frau aus dem Nachbarhaus, an die ältere Dame die jeden Tag das Treppenhaus in Nord reinigt und viele weitere Geschichten. Als Kreisverband haben wir uns dazu entschieden, stellvertretend für die vielen kleinen Geschichten eine Frau mit einem Preisgeld von 500 Euro zu ehren.“

Vorschläge können an unsere Kreisgeschäftsstelle, Lange Str. 34 in Freiberg oder in das Bürgerbüro Bahnhofstraße 1a in Döbeln übermittelt werden.



Es geht mühsam voran beim Aktionsbündnis „Gemeinschaftsschule In Sachsen - länger gemeinsam lernen“. Bis Jahresende 2018 sollten die 40.000 Unterschriften eigentlich erreicht sein. Der aktuelle Stand sagt aus: 25.800 bestätigte Unterschriften per 7. Februar. Sie sollen Rückenwind für eine erneute Aktionswoche vom 11. bis 15. Februar sein. Dazu gab es am 13. Februar eine überparteiliche Unterschriftenaktion in Döbeln und Mittweida. (siehe Seite -4-). Von der LINKEN (einschließlich eines überparteilichen Bündnisses in Chemnitz sind bisher über 15.000 Unterschriften gesammelt worden.



Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teure Verstorbene

HERTA ZIMMERMANN Leisnig

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.